

# Gruppenbild ohne Dame

Als Geschäftsmann sollten Sie einen dieser Herren kennen.



## Aktion in Moers

Die Bank für Gemeinwirtschaft veröffentlichte im April 1978 im "Handelsblatt" eine halbseitige Anzeige, welche ein Gruppenbild (ohne Dame!) sämtlicher Niederlassungsleiter zeigt unter der Überschrift: "Als Geschäftsmann sollten Sie einen dieser Herren kennen".

Der Arbeitskreis Emanzipation Moers ärgerte sich darüber, daß

1. die Geschäftsfrauen nicht angesprochen wurden und
2. alle Niederlassungsleiter Männer sind.

Da bereits im Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1963 Chancengleichheit für Männer und Frauen gefordert wird (S. 10), wandten wir uns an folgende Aufsichtsratsmitglieder der Bank für Gemeinwirtschaft, die zugleich Gewerkschaftsvorständen angehören: Hauenschild, Kiesau, Klunker, Loderer, Schmidt, Spener, Vetter. Unser Anliegen: Sie sollten derart diskriminierende Anzeigen in Zukunft unterbinden und dafür sorgen, daß Frauen

als Niederlassungsleiterinnen eingesetzt werden.

Darüber hinaus baten wir die Abteilung Frauen beim DGB-Bundesvorstand und die Vereinigung der Unternehmerinnen um ihre Stellungnahme und Unterstützung.

### Damit waren auch Frauen gemeint

Die Herren Hauenschild und Spener antworteten überhaupt nicht. Von den übrigen Angesprochenen erhielten wir Stellungnahmen. Auf den Text der Werbeanzeige ging allerdings niemand ein. Lediglich die BfG selbst schrieb: "Wenn wir uns in der Überschrift unserer Anzeige an 'Geschäftsmänner' gewandt haben, so liegt auch dies nicht an Vorurteilen, sondern an dem Bemühen, die Überschrift kurz zu fassen." Diese Begründung für die Wahl der Überschrift ist in der Tat an Logik kaum zu übertreffen,

denn hätte man sich an "Geschäftsleute" gewandt, so wäre das *ein Buchstabe mehr* gewesen!

Sowohl die Bank für Gemeinwirtschaft als auch Gisela Kiesau (HBV) und Eugen Loderer (IGM) wiesen darauf hin, daß in einem Stellenangebot der BfG mit der Überschrift "Wir suchen unseren nächsten Geschäftsstellenleiter" gesagt wird, man könne sich auch sehr gut eine Frau als nächsten Geschäftsstellenleiter vorstellen. Die Schlagzeile "Wir suchen unsere(n) nächste(n) Geschäftsstellenleiter(in)" wäre sicher wieder zu lang gewesen! Kein Wunder, daß sich keine Frau angesprochen fühlte, obwohl sie "auch" gemeint war.

### Rückzug aufs Aktienrecht

Ein merkwürdiges Verständnis über die Verpflichtung, die im Grundgesetz und im DGB-Grundsatzprogramm geforder-

te Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verwirklichen, zeigten die Gewerkschaftsvorsitzenden Kluncker, Loderer und Schmidt. Sie verwiesen darauf, daß Werbeanzeigen und Personalentscheidungen Angelegenheiten der Geschäftsleitung seien. Diesen Rückzug auf das Aktienrecht hatten wir bei prominenten Gewerkschaftern nicht erwartet. Die Bemerkung von Vetter, er werde den Brief zum Anlass nehmen, um nicht nur die Bank für Gemeinwirtschaft, sondern auch die übrigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zur Beachtung der gewerkschaftlichen Forderungen - Gleichberechtigung der Frau in der Praxis - anzuhalten, sollte sich möglichst bald in konkreten Zahlen niederschlagen.

So leicht machte es sich Gisela Kiesau (HBV) nicht. Sie sprach die Angelegenheit im Aufsichtsrat an, meinte aber, daß bei der BfG "im Vergleich zu anderen Banken eine beachtliche Zahl von Mitarbeiterinnen in wichtigen Sachbearbeiterpositionen" ist. Zahlen nannte sie allerdings ebensowenig wie die BfG selbst und der DGB-Vorsitzende Vetter, die sich ähnlich äußerten. Auch der Geschäftsbericht der BfG für 1977 gibt keine Auskunft darüber, wie das "ausgewogene Verhältnis zwischen Männern und Frauen" (Kiesau) zahlenmäßig aussieht. Das sollte geändert werden.

### Antwort blieb aus

Die Abteilung Frauen beim DGB-Bundesvorstand teilte mit, man habe sich dort ebenso wie wir über die Anzeige der BfG geärgert und mit der Bank Kontakt aufgenommen. Über das Ergebnis sind wir allerdings nicht informiert worden.

Die Vereinigung der Unternehmerinnen interessierte sich offenbar für die Sache weniger als für die Legitimation des AKE Moers, sich mit einem solchen Thema zu befassen. Nach erfolgter Information wolle man "gegebenenfalls" wieder von sich hören lassen, so ließ man uns wissen. Die Information erfolgte, die Antwort blieb aus. Da kann man nur fragen, wie ernst Frau Joens ihre Aussage in der "Zeit" vom 19.5.78 nimmt, daß die Vorurteile gegen Frauen nicht von heute sind, und was sie und ihr Verband über verbale Klagen hinaus zu tun gedenken, um das zu ändern.

Jutta Henke  
Elke Kehl

Wenn Frauen wählen - wen können sie wählen, wo können sie sich selbst vertreten? Diese Frage stand gerade in Bayern und Hessen an, in Berlin kommt sie auf uns zu. Große Hoffnung: der Zusammenschluß der Grünen als Opposition, mit deren ökonomischen Forderungen sich viele Frauen identifizieren können. In Hamburg war's so optimistisch losgegangen, mit reger Arbeit der Frauen im Wahlkampf, in Hessen und Berlin scheint das zunehmend schwieriger zu werden.

Bollwerk gegen den Sowjetimperialismus und Arbeitsplatz für viele neue Arbeiter sehr begrüßen würde. Oder ein anderes Beispiel: dem Antrag des Vertreters der Stromzahlungsboykott-Gruppe, daß alle Beteiligten der Liste sich doch diesem anschließen mögen, wurde abgelehnt, für konkrete Forderungen sei es zu früh.

Dabei sollten wir Feministinnen doch dankbar sein: der Berliner Bürger, der die alternative Liste wählen wird, kann

## Wie lila sind die Grünen?

Die Grüne Liste Hessen, 'Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie', in ihrer Kandidatenaufstellung paritätisch Mann-Frau-Mann-Frau etc. besetzt (wie wärs mal mit einer umgekehrten Reihenfolge, aber darauf kommen wir noch ...) erhielt übermächtige Konkurrenz durch das 'kleinere Übel' SPD. Dregger am Drücker wollte niemand, und so wählten dann doch z.B. auch viele Frauen des Frankfurter Frauenzentrums den Börner, um Schlimmeres zu verhüten. Ja, eine schlimme CDU sichert der SPD ein langes Leben. In Berlin ist die Situation da eine andere. Die SPD sitzt nicht nur im Sattel, sie klebt geradezu an ihm. Eine Begründung mehr, aufzubauen, was es nach allen Regeln der Logik gar nicht geben dürfte: eine außerparlamentarische Opposition, die parlamentarisch arbeitet. Dieses Konzept, nicht neu, aber durch die Erfolge in Hamburg beflügelt, beschert ganz ungewohnte Töne. Da ist plötzlich nicht mehr der 'Arbeiter', sondern der 'Bürger' der neue Kampfkumpan. Die Forderungen der alternativen Liste sollen 'realistisch' sein, sprich: so verschwommen, daß sie niemandem wehtun. Denn natürlich ist es richtig, von den Unzufriedenheiten mit Stadtplanung, Arbeitsplatz, Steuern, Gesetzgebung zu sprechen. Gleichzeitig aber werden in die Aufzählung von Mängeln, (die ja nicht dadurch schon zu einem Programm werden, daß sie aneinandergereiht erscheinen) auch Bereiche aufgenommen, über die bei den beteiligten Gruppen bei weitem keine Klarheit herrscht. Um die Breite des Angebotes zu halten, um die Möglichkeit einer - sagen wirs in militärischer Männersprache - 'breiten Front' auch ja nicht zu gefährden, kann es dazu kommen, daß in Berlin Vertreter der Anti-AKW-Bewegung mit Vertretern der KPD zusammenarbeiten, obwohl die KPD ein Atomkraftwerk in Berlin als

damit auch ein Votum für die Frauen tun. Die Kandidaten - ähnlich wie in Hessen - werden zu 53 % Frauen sein, das entspricht ihrem Anteil an der Bevölkerung. Diese Anregung, von Feministinnen in die Frauenarbeitsgruppe der Alternativen Liste getragen, fand allgemeinen Anklang. Bei weitergehenden Forderungen wurde es dann schon schwerer. So schlug der Jugendarbeitskreis auf der Gründungsversammlung vor, doch gleich sicherzustellen, daß die Frauen auch immer die 1., 3., 5., etc. Plätze der Bezirkslisten bekommen. Ein Vorschlag, der der Tatsache, daß Frauen die 53 %-Mehrheit der Bevölkerung sind, den einzig realen Niederschlag gesichert hätte. Käme z.B. nur ein Vertreter ins Abgeordnetenhaus, wäre das dann nämlich eine Vertreterin. Diese Gefahr haben die Genossen sofort erkannt. Perplex zählten sie durch, daß es bei dieser Regelung ja möglich wäre, daß auf einer Liste z.B. 2 Frauen einem armen Mann zur Seite stünden oder gar, nähme man mehrere Bezirke, 85 % der Gewählten Frauen wären. Das aber wäre doch dann glatt überrepräsentiert! Und da die Frauengruppe selbst auch offensichtlich keinen Grund sah, sich überrepräsentieren zu lassen, sagte sie lieber gar nichts, und der Antrag war abgelehnt. Genau so schnell, genauso flott, wie der des bekicherten Schwulenvertreterers auf einen progressiven Sexualkundeunterricht, der nicht einseitig zur Heterosexualität erziehe. „Das ist ja nun wirklich ein Minderheitenproblem“, sagte der nette junge Mann neben mir und hob die Hand zum Nein.

Also gesetzt, es käme ein Vertreter ins Abgeordnetenhaus, soll er dann für uns Frauen sprechen? Wie wird der das anstellen, der Bürger aus Spandau, der gegen den Bau der Autobahn kämpft, oder der Genosse aus dem Arbeitskreis Schule?